

Freie Demokraten

Landesverband
Bremen **FDP**

Beschluss des Landesparteitags der FDP Bremen vom 8. April 2017

Personalvertretungsgesetz reformieren

Die Bremer FDP bekräftigt ihre Forderung nach einer Reform des bremischen Personalvertretungsrechts. Es bestehen erhebliche Zweifel an der Verfassungskonformität des heutigen Gesetzes. Die Norm schränkt das Entscheidungsrecht des Senats in Organisationsfragen unzulässig ein und stellt ein Hemmnis bei der dringend benötigten Verwaltungsreform dar.

Die Bremer FDP fordert, das Letztentscheidungsrecht des Senats in Organisationsfragen. Sie fordern den Senat auf, davon auch Gebrauch zu machen. In vielen Fällen gelingt es Dienststellenleitungen und Personalräten gemeinsam Personal- und Organisationsfragen zur Zufriedenheit aller Beteiligten zu lösen. Konstruktive Mitbestimmung ist ein Gewinn für Mitarbeitende und Arbeitgeber. Zugleich muss es Regelungen für die Fälle geben in denen es zu keiner Einigung kommt. Hier soll der Senat auf Basis der Stellungnahmen beider Seiten abschließend Organisationsentscheidungen treffen.

Die FDP fordert den Senat auf die Verwaltung von den Abläufen und der Organisationsform auf die Erfordernisse des Digitalen Wandels hin neu aufstellen. Diese Reform ist längst überfällig.

Ferner fordert die FDP die Zahl der Freistellungen von Personalräten auf das Maß zu beschränken, wie es im Bund und anderen Ländern üblich ist.